

Europa in der Schuldenfalle

Kommentar von Wilhelm Schmülling

Alle Welt spricht von Griechenland, oft in überheblichem Ton. Wie konnte der griechische Staat mehr Angestellte einstellen als er braucht und sie zum Teil mit 18 Monatsgehältern pro Jahr entlohnen? Wie konnte es die Finanzbehörde zulassen, dass sich die Griechen trickreich vor den Steuern drücken? Auch die Arbeitsmoral der Griechen war nicht nach preußischen Vorstellungen. Das sind nur einige Beispiele von nicht hilfreichen Zustandsbeschreibungen, die unterstellen, Griechenland habe selbst schuld und Deutschland sei ein Vorbild. Ist das berechtigt?

Bei unseren nahezu zwei Billionen € Staatsschulden, die wir bei Fälligkeit mit neuen Krediten ablösen und die Zinsen darauf zahlen, ist das nicht berechtigt. Nein, ein Vorbild ist Deutschland gewiss nicht! Wir haben den Julisturm geplündert, dann den Schuldenberg angehäuft und – vom Bund der Steuerzahler errechnet – Steuern in kaum nachvollziehbarer Höhe verschwendet – wohlgemerkt nicht von den Bürgern, sondern von den Behörden. Das alles ist nicht vorbildlich.

Merken wir nicht, wie wir uns als deutsche Oberlehrer unbeliebt machen? Schlimmer noch: Merken wir nicht, wie wir mit Überheblichkeit die griechischen Bürger als Schuldige am Finanzdebakel hinstellen und damit von den wahren Gründen der immer weiter eskalierenden Schuldenkrise ablenken – zur Freude derer, die an der Krise verdienen? In den Medien und Talkshows kann man diese – man muss schon sagen – Taktik verfolgen: Immerzu die griechischen Bürger beschuldigen! Das sind ausgerechnet diejenigen, die durch drastische Sparmaßnahmen in Existenznot geraten. Das ist gekonnte Ablenkung nach dem Motto: Haltet den Dieb! Auch die Feststellung, Griechenland habe sich durch Bilanzfälschung in die Europäische Währungsunion hineingeschmuggelt – übrigens mit Hilfe einer amerikanischen Großbank –, gehört zur Vernebelungstaktik. Die Ursache der griechischen und europäischen Finanzkrise wird nicht thematisiert.

So versucht der griechische Staat, durch Sparen, Privatisieren, Lohnkürzen usw. die Voraussetzung für weitere Hilfszahlungen zu schaffen, wohl wissend, dass nur Zeit gewonnen wird und die Kreditkosten erhöht werden, was weitere Sparmaßnahmen erzwingt. Je mehr die Bürger belastet werden, umso mehr revolutionäre Wut steigt auf, umso mehr Streiks mit Randalen verwüsten die Straßen und steigern die Gefahr gewaltsamer Auseinandersetzungen. Militärdiktatoren wittern ihre Chance, die Demokratie gerät in Gefahr.

Dieser Situation können weder Griechenland noch die Länder Europas entkommen, wenn sie nicht die Strukturen des Finanzsystems erkennen, ein Finanzsystem, in dem letztlich die Verschuldung systemimmanent ist. Allein durch die Frage, ob der Verschuldungszwang systembedingt sei, gerät der Frager ins politische Abseits. Alle nur erdenklichen Maßnahmen zur Krisenbewältigung kann man vorschlagen und seien sie noch so absurd – denken wir nur an den Vorschlag zum Verkauf griechischer Inseln. Aber die Systemzwänge selbst zu erkennen oder sie gar verantwortlich für die weltweiten Krisen zu machen, ist politisch inkorrekt.

In dieser Zeitschrift wird das Finanzsystem als das erkannt, was es ist: Kapitalismus, als eine auf Kapitalertrag ausgerichtete Finanzordnung. Ohne Rücksicht auf die Marktwirtschaft müssen sich alle Wirtschaftsteilnehmer bei Strafe des Existenzverlustes diesem Zwang, Rendite zu erwirtschaften, fügen. Somit sind persönliche Schuldzuweisungen ungerecht, auch nicht an Verbände oder Politiker. Alle müssen sich diesem System unterordnen. Doch schuldig werden sie, wenn sie ihr Handeln als alternativlos bezeichnen und sich weigern, die Marktwirtschaft vom Kapitalismus zu befreien. Man kann dem heutigen Schuldensystem nicht mit weiteren Sparmaßnahmen im sozialen Sektor entkommen, man kann es nur ablösen durch eine soziale und freie Marktwirtschaft.

Das ist eine langfristige Lösung. Wir müssen aber die akute Krise Griechenlands und Europas überwinden. Das geht nur mit einer bisher noch nicht formulierten, geordneten Insolvenz Griechenlands. Die Gläubiger werden auf einen Großteil ihrer Forderungen verzichten müssen. Auch ein möglicher Dominoeffekt weiterer Insolvenzen müsste in Kauf genommen werden. Dann stünden wahrlich große politische Gestaltungsaufgaben an. Der in Gefahr geratene europäische Gedanke müsste gerettet und eine stabile Weltfinanzordnung vorangetrieben werden. Wahrlich eine große politische Aufgabe, aber eine, die für Europa geleistet werden muss. 

HUMANE
WIRTSCHAFT

Zum Autor
Wilhelm Schmülling



Jahrgang 1928,
Herausgeber der Zeitschrift
HUMANE WIRTSCHAFT,

seit 1953 im graphischen Gewerbe, übernahm
1989 für zehn Jahre die Alleinredaktion der
Zeitschrift DER DRITTE WEG,
heute HUMANE WIRTSCHAFT.